

ULRICH WINNINGHOFF

Eigeninitiative spanischer Eltern
zur schulischen Integration ihrer Kinder
und Eigenintegration in die Gesellschaft
der Bundesrepublik Deutschland
– Ein Modellversuch in Hilstrup* –

I. EINFÜHRUNG

Bis zum Jahre 1960 war die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland sehr gering¹; denn der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften war bis dahin durch die Vertriebenen aus den Ostgebieten und durch die drei bis vier Millionen Flüchtlinge aus der DDR gedeckt worden. Da aber ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt entstand, wurde die Hereinnahme ausländischer Arbeitnehmer wirtschaftlich notwendig².

Während die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer im Jahre 1960 nur 329 356³ betrug, wuchs sie bis September 1973, dem Höchststand der Ausländerbeschäftigung, auf 2 595 000⁴. Von September 1973 ist die Zahl der ausländischen Beschäftigten bis Dezember 1975 auf 1 932 600 zurückgegangen und fiel somit erstmals seit 1971 unter die 2-Millionen-Grenze. Dies bedeutet einen Rückgang von 25,5 %⁵.

* Seit der kommunalen Neugliederung am 1. 1. 1975 gehört die Gemeinde Hilstrup zu Münster (Westf.). Die Einwohnerzahl der alten Gemeinde Hilstrup betrug 15 730 (lt. telefonischer Auskunft der Stadtverwaltung Münster, 5. 11. 76).

¹ Vgl. Repräsentativ-Untersuchung '72 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und ihre Familien- und Wohnverhältnisse. Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg im November 1973, 7.

² Vgl. G. *Mabler*, Zweitsprache Deutsch – Die Schulbildung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Donauwörth 1974, 13.

³ Vgl. Ausländische Arbeitnehmer 1972/73 – Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung –. Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg im Juli 1974. Tabelle Nr. 1: Die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, Spalte: Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer Ende September, 5.

⁴ Vgl. ebda.

⁵ Vgl. Ausländerbeschäftigung Ende 1975 unter 2 Millionen – Neue Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik –, Presse-Informationen der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 49/76, Nürnberg am 9. September 1976, 1.

Die wirtschaftliche Krise im Jahre 1973 hatte radikal die Stellung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen verändert. So wurden aus der »Mangelware Arbeitskräfte«⁶ für nicht wenige von heute auf morgen »unerwünschte Mitesser«⁷, wie es in einer Caritas-Information vom Juli 1976 heißt⁸. Wegen der konjunkturellen Abschwächungstendenz wurde im Herbst 1973 die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in Nicht-EG-Staaten eingestellt. Dadurch war zwar die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer rückläufig, dennoch hatte sich im September 1974 die Zahl der Ausländer insgesamt nicht vermindert. Als Gründe dafür können eine verstärkte Familienzusammenführung und eine größere Geburtenhäufigkeit als bei der deutschen Bevölkerung angesehen werden⁹. Obwohl die ausländischen Arbeitnehmer verstärkt eine Familienzusammenführung wünschen, gehen Exekutive und Rechtsprechung noch heute davon aus, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei. De facto ist sie es aber geworden, auch wenn ein Teil der ausländischen Arbeitnehmer gewillt zu sein scheint, in ihre Heimat zurückzukehren. Es ist sehr schwierig, darüber genaue Zahlenangaben zu erhalten, denn die Rückkehr wird in der Regel immer wieder hinausgeschoben. Eine Rückkehr der ausländischen Familien, die aus den verschiedensten Gründen geschehen kann, vor allem auf Grund ihrer unsicheren rechtlichen Stellung (Aufenthaltsrecht, Öffentliches Arbeitsrecht, politische Rechte, sozialrechtliche Stellung, Recht auf Familienzusammenführung), ist in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik nicht wahrscheinlich. Dies bestätigen sowohl die Ergebnisse der Repräsentativ-Untersuchung '72¹⁰ der Bundesanstalt für Arbeit als auch die Errechnung des statistischen Bundesamtes für 1974¹¹.

Das macht eine umfassende schulische Ausbildung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer erforderlich. Dennoch wurde dieser Auf-

⁶ Familienglück mit Hindernissen, Informationen des Deutschen Caritasverbandes, 7/1976, Nr. 15. Hrsg. v. der Pressestelle des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg 1976, 1.

⁷ Ebda.

⁸ Vgl. ebda.

⁹ Vgl. Die verlorene Generation? – Ausländische Jugendliche in der Bundesrepublik, Informationen des deutschen Caritasverbandes, Freiburg 1975, 1.

¹⁰ Vgl. Repräsentativ-Untersuchung '72, a. a. o., 32–41.

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt 1975, 65 nach: Ü. Akpinar/A. López u. a., Modellprogramm für ausländische Kinder und Jugendliche – Vorläufiger Endbericht zur Vorbereitung der Gutachtersitzung am 21. Oktober 1975, München 1975, 33.

gabenbereich vernachlässigt, weil die Regierungen (Bundesregierung und Landesregierungen) und die Gesellschaft die Bundesrepublik nicht als Einwanderungsland ansahen. Dadurch werden die ausländischen Kinder von der »Gastarbeiterpolitik« besonders hart betroffen, müssen sie doch unter ungünstigsten Bedingungen auf das spätere Leben vorbereitet werden. Ihre Situation, sowohl in der Familie als auch in Schule und Freizeit, trägt nicht zu ihrer normalen Entwicklung bei¹².

Die Familie als erste Sozialisationsinstanz fällt teilweise als entwicklungsfördernder Faktor aus, denn die ausländischen Eltern sind in der deutschen Umwelt kaum integriert und besitzen sowohl in der Gesellschaft als auch im Betrieb einen niedrigen Status. Aufgrund des Fehlens sozialer Kommunikation mit der deutschen Bevölkerung ist es ihnen kaum möglich, sich mit den deutschen Rollen- und Kulturnormen zu identifizieren. Da aber die ausländischen Kinder diese leichter übernehmen, weil sie diese in der Vorschule bzw. Schule und durch Umgang mit deutschen Kindern lernen, kann sich hieraus ein Konflikt zwischen Eltern und Kindern ergeben¹³.

Gleichzeitig verlieren die Eltern ihre Bedeutung als Identifikationsobjekte, vor allem dann, wenn ihre Kinder wegen der elterlichen Sprachschwierigkeiten die Funktion beim Anknüpfen von Kontakten übernehmen. So verlieren die Eltern ihre Sicherheits- und Schutzfunktion. Damit der Familienzusammenhang erhalten bleibt, wird die familienzerstörende Realität ständig geleugnet¹⁴.

Außerdem tritt eine unbewusste Verstärkung ideologischer, illusionärer Vorstellungen ein, die sich z. B. in übertriebenen Erwartungen in die Rückkehr oder Verherrlichung der Vergangenheit und der eigenen Nation äußert¹⁵.

¹² Vgl. dazu Wissenschaftliche Zulassungsarbeit zur zweiten Theologischen Hauptprüfung (unveröffentlicht) des Verf., Die soziale und kulturelle Situation von Kindern ausländischer Arbeitnehmer. Vorgelegt beim Fachbereich Katholische Theologie, Münster 1976, 9–29 und 188.

¹³ Vgl. K. Wahl, Zur Lage der Kinder und Familien ausländischer Arbeitnehmer in der BRD, Expertise 1974 nach: Ü. Akpınar/A. Lopéz u. a., a. a. O., 46.

¹⁴ Vgl. P. Heitkämper und T. Heitkämper, Spanische Schulkinder in Deutschland, in: Westermanns Päd. Beiträge 1971, 6, 326–331 nach: Ü. Akpınar/A. Lopéz u. a., a. a. O., 47.

¹⁵ Vgl. G. Gustavus, Versuch zur Berücksichtigung der sozialen Erfahrungen türkischer Kinder bei der Organisation von Unterricht in den Vorbereitungsklassen der Berliner Grundschulen, Berlin 1974, Zulassungsarbeit, nach: Ü. Akpınar/A. Lopéz u. a., a. a. O., 47 f.

Aber auch Vorschule und Schule als zweite Sozialisationsinstanz erfüllen ihre Funktion bei der Entwicklung des ausländischen Kindes nur mangelhaft. Aufgrund unzureichender Information über die Wichtigkeit des Kindergartenbesuches nehmen die ausländischen Eltern das heute wohl im allgemeinen ausreichende Angebot von Kindergartenplätzen meistens nicht wahr. Da außerdem das Schulsystem nicht oder nur unzureichend auf die Probleme mit den ausländischen Kindern, von denen jedes eigene individuelle Voraussetzungen mitbringt, vorbereitet war, konnte bis jetzt keine echte Chancengleichheit der ausländischen Kinder gegenüber deutschen erreicht werden, obwohl dies seitens der Bundesländer erwünscht war. Das Versagen von fast zwei Dritteln aller ausländischen Schüler¹⁶, einen Hauptschulabschluß zu erreichen, zeigt aber deutlich, daß diese Absicht bis jetzt noch nicht realisiert werden konnte. Der hohe Prozentsatz an Schulversagern dürfte u. a. dadurch entstanden sein, daß viele ausländische Kinder nicht im Vorschul- oder Einschulungsalter in die Bundesrepublik einreisen, sondern erst viel später. Als weitere Ursache dafür muß angesehen werden, daß das deutsche Schulsystem nicht auf die zahlreichen und spezifischen Probleme der ausländischen Schüler vorbereitet war (s. o.), und daß die unterrichtliche Doppelaufgabe (nämlich Zweisprachigkeit, Integration in das deutsche Schulwesen und Aufrechterhalten der Verbindung zur heimatlichen Sprache und Kultur) sowohl die ausländischen Schüler als auch deren Lehrer überfordert. Aber auch wenn die ausländischen Schüler einen Hauptschulabschluß erreicht haben, ist es ihnen selten möglich, eine Lehrstelle zu finden. Als Gründe können z. B. Sprachschwierigkeiten und die generelle Bevorzugung von deutschen Lehrlingen angeführt werden¹⁷. Lt. Caritas Information sind von etwa 850 000 Jugendlichen, die in der Ausbildung stehen, nur 3,2 % Ausländer (nicht nur Ausländer aus den typischen Gastarbeiterländern), obgleich dieser Prozentsatz nur einem Drittel ihres Bevölkerungs-

¹⁶ Vgl. Die verlorene Generation?, a. a. O., 11.

Lt. Schreiben des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen (II A 4.36-6/1 Nr. 1941/76) vom 8. Juli 1976 an den Vorsitzenden des Bundes der spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. *M. Romano-García* erreichten im Schuljahr 1974/75 in Nordrhein-Westfalen 709 ausländische Schüler (15,3 %) das Abschlußzeugnis der Hauptschule mit Qualifikationsvermerk und 1 239 Schüler (26,8 %) das Abschlußzeugnis ohne Qualifikationsvermerk, insgesamt also 42,1 %. Lt. Auskunft des Kultusministers sei dieser Prozentsatz aber bereits schon überschritten.

¹⁷ Vgl. Wissenschaftliche Zulassungsarbeit d. Verf., a. a. O., 65–162 und 189–192.

anteils in diesen Altersstufen entspricht¹⁸. Aber auch nach Beendigung ihrer Berufs- und Schulbildung bleibt diesen Jugendlichen der Zugang zum Berufs- und Arbeitsleben verwehrt, vor allem wenn sie nach dem 1. 12. 1974 in die Bundesrepublik einreisten und so, wie ihre Eltern, unter den Anwerbestopp vom November 1973 fallen; außerdem betont der Paragraph 19 Arbeitsförderungsgesetz den Vorrang der deutschen Arbeitnehmer¹⁹. Was dies für die ausländischen Kinder und deren Eltern bedeutet, soll an dieser Stelle nicht aufgezeigt werden, aber daß dies eine zutiefst unmenschliche Maßnahme ist und daß dadurch diese Jugendlichen nochmals hart von der Ausländerpolitik der Bundesrepublik betroffen werden, ist offensichtlich.

Um die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen mühten sich lange Zeit hauptsächlich die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände. Aber außer individueller Hilfe konnten sie wenig erreichen, besonders dann, wenn man die schulische Situation der ausländischen Kinder und die gesellschaftliche und soziale Isolierung und Benachteiligung der meisten ausländischen Familien betrachtet²⁰.

Dieser nur kurz skizzierte Hintergrund der Situation der ausländischen Familien muß bei der Gründung des spanischen Familienverbandes in Hilstrup mit gesehen werden.

II. GRÜNDUNG EINES SPANISCHEN FAMILIENVERBANDES

Im November 1972 konstituierte sich durch die Eigeninitiative spanischer Eltern ein spanischer Familienverband in Hilstrup²¹, der dem Bund der spanischen Elternvereine in der BRD (*Confederación española de padres de familia en la RFA*) angeschlossen ist. Die Initiatoren der Gründung dieses Verbandes (*Asociación de familias españolas*) hatten erkannt, daß sich die Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen trotz aller Be-

¹⁸ Vgl. Nur wenige Ausländer in Ausbildung, Nachrichten des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg, 1976, 1.

¹⁹ Vgl. Wissenschaftliche Zulassungsarbeit d. Verf., a. a. O., 13–15 u. 191 f.

²⁰ Vgl. ebda. 163–180 u. 192 f.

²¹ Den folgenden Ausführungen über den spanischen Familienverband in Hilstrup liegen, soweit keine anderen Quellennachweise angegeben werden, Gesprächsprotokolle mit dem Vorsitzenden dieses Verbandes und gleichzeitigen Vorsitzenden des Bundes der spanischen Elternvereine in der BRD e.V., *M. Romano-García*, zugrunde, Hilstrup von August bis Oktober 1976.

mühungen seitens der hauptamtlichen Sozialarbeiter, Initiativgruppen und Privatpersonen nicht verbessert, sondern eher noch verschlechtert hatte. Der Grund ist vor allem darin zu sehen, daß die Hilfe für die ausländischen Familien hauptsächlich in der Einzelhilfe bestand, d. h. gefördert wurde in Einzelfällen die soziale Integration (z. B. durch Abhalten von Sprechstunden). Der Hilfe lag aber kein Gesamtkonzept zugrunde, sondern erreicht wurden dadurch nur wenige ausländische Familien, die sich z. B. freiwillig an die Sozialarbeiter wandten. Weiterhin wurden die ausländischen Familien bewußt oder unbewußt als Almosenempfänger abgestempelt. Kennzeichen dafür ist die Durchführung von Sammlungen alter Kleider, Möbel etc. Obgleich dies in einigen Fällen eine echte Hilfe war, wurden dadurch die wahren Probleme verschleiert.

In einem offenen Protestbrief²² an die Veranstalter des 4. Katholischen Deutschen Akademikertages 1976 in Münster, auf dem die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen mit »Obdachlosen« und »Drogenabhängigen« in einem Atemzug genannt wurden, wandte sich u. a. der Vorsitzende des spanischen Familienverbandes in Hilstrup und auch gleichzeitiger Vorsitzender des Bundes der spanischen Elternvereine gegen dieses immer noch anhaltende Fürsorge-Denken, wodurch die Ausländer zu den Randgruppen gezählt würden, obgleich auf sie die soziologischen Merkmale einer Randgruppe nicht zutreffen.

Diese Art Hilfe bewirkt keine Integration der ausländischen Familien in die Gesellschaft. Die Initiatoren der Gründung des Familienverbandes hatten erkannt, daß die Hauptprobleme ihrer Landsleute auf einem ganz anderen Gebiet lagen. Da in der Regel beide Ehegatten arbeiten, haben sie ein relativ hohes Einkommen²³, so daß sie nicht auf Almosen angewiesen sind. Die Hauptsorgen der ausländischen Familien bestanden vor allem darin, daß sie diskriminiert, nicht als Vollbürger (ungleiche Rechte) akzeptiert wurden und somit in das gesellschaftliche Abseits gerieten. Außerdem nahmen die spanischen Eltern die Rechte für ihre Kinder, z. B. Recht auf einen Kindergar-

²² Vgl. Offener Protestbrief, An die Veranstalter des 4. Katholischen Deutschen Akademikertages 1976 in Münster, Münster den 19. 3. 1976.

²³ Über die Höhe des Einkommens der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik siehe u. a.: Repräsentativ-Untersuchung '72, a. a. O., 96 u. E. Zieris, So wohnen unsere ausländischen Mitbürger. Hrsg. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 3. Aufl., Düsseldorf 1972, 14–16.

tenplatz oder Rechte auf Schulversammlungen, nicht wahr, so daß sie auch von der Verantwortung für ihre Kinder ausgeschlossen waren. Verstärkt wurde dies noch dadurch, daß sie vor den großen Schwierigkeiten ihrer Kinder kapitulierten und somit in eine passive Haltung gedrängt wurden. Sie waren es auch gewohnt, daß in der Bundesrepublik für ihre Kinder »gesorgt« wurde und versuchten daher nicht, aktiv die Situation ihrer Kinder und ihre eigene zu verändern. Daher entstand bei den deutschen und spanischen Behörden der Eindruck, daß es keiner Verbesserung bedurfte.

Aus diesen Gründen riefen die Initiatoren des oben genannten Verbandes alle spanischen Eltern von Hilstrup (ca. 30 Familien mit 80 Kindern) zu einer Versammlung zusammen, um sie zu veranlassen, in Selbstinitiative ihre Situation und die ihrer Kinder zu verändern.

Auf dieser ersten Versammlung wurden insgesamt die Probleme der »Gastarbeiterfamilien«, vor allem aber die eigenen, diskutiert. Es zeigte sich jedoch, daß viele spanische Eltern dieser Versammlung mißtrauisch gegenüberstanden, da sie befürchteten, daß geschäftliche Interessen hinter dieser Initiative standen. Trotz großer Schwierigkeiten und Einwände wurde dennoch ein spanischer Familienverband in einem Verband und mit einer Stimme sprechend, die spanischen Familien die ihnen zustehenden Rechte besser wahrnehmen könnten. Ebenso wie bei vielen spanischen Eltern stieß die Gründung des Verbandes auch bei den Behörden auf Unverständnis und man traute ihm keine Erfolgsaussichten zu.

Ogleich die Initiatoren sich der Vielzahl der auf sie zukommenden Probleme bewußt waren, gründeten sie diesen spanischen Familienverband als einen Versuch, die ausländischen Eltern selbst zu aktivieren, etwas zu tun. Weiterhin waren sie überzeugt, daß, organisiert in einem Verband, mit einer Stimme sprechend, die spanischen Familien die ihnen zustehenden Rechte besser wahrnehmen könnten.

III. AUFGABEN UND ZIELSETZUNG DES FAMILIENVERBANDES

Als wichtigste Aufgabe ihres neu gegründeten Verbandes wurde von den spanischen Eltern die Verbesserung der katastrophalen schulischen Situation ihrer Kinder angesehen, die vor allem daraus resultierte, daß die Erziehung und Bildung ihrer Kinder unter der Berücksichtigung einer möglichen Rückkehr in das Heimatland geschah. Die-

ser Mittelweg der schulischen Bildungs- und Erziehungsaufgabe²⁴, der sich hauptsächlich aus der Weigerung der Bundesrepublik, ein Einwanderungsland zu sein, ergab, sollte eine einseitige Schulbildung vermeiden, damit die ausländischen Kinder nicht die Hilfsarbeiter von morgen werden. Deshalb sollten sie genügend Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben, aber auch ihre Muttersprache erlernen. Diese bereits o. g. Doppelaufgabe des Unterrichts überforderte sowohl die deutschen und ausländischen Lehrer, als auch vor allem die ausländischen Schüler. So war es nicht möglich, in beiden Bereichen zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, was der hohe Prozentsatz der Schüler, die ohne Hauptschulabschluß die deutsche Schule verlassen (s. o.), aufzeigt. Daher wurde von dem spanischen Verband auch als dringendste Aufgabe die Durchführung von Silentien angestrebt. Der Hausaufgabenhilfe kommt eine wichtige Bedeutung zu, da das deutsche Schulsystem die Hausaufgaben in den Unterricht stark miteinbezieht. Aus der besonderen Lage der ausländischen Familien, die ihren Kindern dabei nicht helfen können, erklärt sich die immense Bedeutung der Hausaufgabenbetreuung. Es bedurfte aber einer langen Diskussion, um die Mehrzahl der spanischen Eltern von der Wichtigkeit der Silentien zu überzeugen, da sie es von Spanien her gewohnt waren, daß ihre Kinder noch nachmittags zur Schule gingen. Eine Hausaufgabenbetreuung kannten sie kaum, und sie waren es auch gewohnt, daß die Schulprobleme in der Schule vom Lehrer gelöst werden und nicht von den Eltern selbst. Der Lehrer stellt für sie eine Autoritätsperson dar, der sich allein um die schulischen Belange ihrer Kinder kümmert. Die Mehrzahl der spanischen Familien in Hilstrup stand daher der Einrichtung von Silentien skeptisch gegenüber, war aber dennoch bereit, ihre Kinder zu den Silentien zu schicken.

An dieser wichtigen Aufgabe mußte sich nun der Verband bewähren, um dadurch auch die Mehrzahl der spanischen Eltern, die zu 80 % dem Verband abwartend gegenüberstanden und nicht selbst aktiv mitarbeiten wollten, von der Notwendigkeit der aktiven Selbsthilfe zu überzeugen.

Das Ziel der Einrichtung von Silentien war also, die schulische Situation der Kinder so zu verbessern, daß diese nicht bereits aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse kaum die Möglichkeiten hatten, dem deutschen Schulunterricht zu folgen, andererseits den Lehrkräf-

²⁴ Vgl. Wissenschaftliche Zulassungsarbeit d. Verf., a. a. O., 65–162.

ten zu zeigen, daß die spanischen Eltern gewillt waren, selbst für ihre Kinder Verantwortung mitzutragen.

Als weitere schulische Maßnahme außerhalb des Unterrichts wurde der Förderunterricht für Grund-, Haupt- und Berufsschüler angesehen, um neben der Hausaufgabenbetreuung intensiver die Deutschkenntnisse zu vertiefen. Besonders durch den Förderunterricht für Berufsschüler beabsichtigte der Verband, ihre Motivation, einen Beruf in Deutschland zu erlernen, immer neu zu wecken. Dies war für die Initiatoren des Verbandes von großer Bedeutung, denn besonders hier bestand ein starker Nachholbedarf, weil niemand sich für die Situation der Berufsschüler verantwortlich fühlte. Gleichzeitig in Verbindung mit dem Förderunterricht sollte versucht werden, die Freizeitsituation der spanischen Jugendlichen zu verbessern, indem Kontakt zu deutschen Jugendlichen über gemeinsame Freizeitveranstaltungen geschaffen werden sollte.

Obleich die spanischen Eltern ihre Zukunft und die ihrer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland sehen und daher eine Verbesserung der Integrationschancen ihrer Kinder anstreben, war eine weitere Aufgabe des Verbandes die Einrichtung eines muttersprachlichen Unterrichts am Nachmittag. Ziel dieses Unterrichts ist, die ausländischen Schüler in ihrer Muttersprache zu fördern, um eine Entfremdung zwischen den Eltern und ihren Kindern zu verhindern und andererseits zu erreichen, daß die spanischen Kinder, falls sie wegen ihrer rechtlich unsicheren Zukunft nach Spanien zurückkehren müssen, wenigstens ihre Muttersprache sprechen und verstehen können.

Durch diese Aufgabenstellung sollte vermieden werden, daß die spanischen Kinder aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse diskriminiert würden und dadurch ein Getto-Dasein führen müßten. Ohne Verbesserung der schulischen Situation kann kein besserer Kontakt zwischen Kindern verschiedener Nationalität und keine größere Chancengleichheit erreicht werden.

Ein weiteres Aufgabenfeld dieses Verbandes besteht neben der Hilfe für die spanischen Kinder auch in der Elternarbeit selber. Ein Ziel dieser Arbeit ist es, die Eltern über ihre rechtlichen Möglichkeiten bei der vorschulischen und schulischen Betreuung ihrer Kinder zu informieren. Darüber hinaus sollen ihnen alle Rechte bewußt gemacht werden, die sie als Gruppe in der Bundesrepublik haben, und sie sollen dazu gebracht werden, diese ihre Rechte auch wahrzunehmen.

Die Elternarbeit hat das Ziel, die Eltern aus der Isolierung und Abkapselung herauszuführen zu aktiver Teilnahme an der Verbesserung ihrer Gesamtsituation.

Dies stellte die Gründer des spanischen Familienverbandes vor eine sehr schwierige Aufgabe, da die spanischen Eltern zwar gewillt waren, etwas für ihre Kinder zu tun, aber nicht für sich selber. Durch eine gezielte direkte Elternarbeit soll versucht werden, die Bildungswilligkeit der spanischen Eltern selbst anzuregen, damit sie z. B. bemüht sind, ihre Deutschkenntnisse zu vergrößern bzw. zu vertiefen, um damit aus dem Getto herauszukommen.

Ein weiteres Aufgabenfeld stellt die Öffentlichkeitsarbeit dar, um auf die Situation der ausländischen Familien aufmerksam zu machen. Unter Öffentlichkeitsarbeit versteht der spanische Familienverband aber nicht nur Presseveröffentlichungen, sondern auch den direkten und ständigen Kontakt zu den deutschen Behörden, vor allem zum Schulamt. Denn nur durch einen solchen Kontakt kann erreicht werden, daß die Schulbehörde auf die besondere sozio-kulturelle und psychische Situation der ausländischen Kinder eingeht, und es kann verhindert werden, daß sie in die Vorbereitungsklassen oder einige Jahrgangsklassen zu tief abgeschoben werden.

IV. DURCHFÜHRUNG DIESES MODELLVERSUCHES

Der spanische Elternverband hatte aufgrund seiner Aufgaben- und Zielvorstellung eine Vielfalt von Problemen zu bewältigen, u. a.:

- Silentien einzurichten;
- für einen muttersprachlichen Unterricht zu sorgen;
- Förderunterricht für Grund-, Haupt- und Berufsschüler durchzuführen;
- die Jugend und die Eltern zu aktivieren;
- die Öffentlichkeit und die Schule bzw. das Schulamt auf ihre Probleme aufmerksam zu machen;
- für die Finanzierung ihres Programms zu sorgen.

1. Silentium – muttersprachlicher Unterricht – Förderunterricht

Bei der Gründung des spanischen Familienverbandes waren die meisten spanischen Kinder in einer Regelklasse der Hiltruper Grund- bzw. Hauptschule eingegliedert, ohne Hausaufgabenhilfe zu erhalten.

Die Folge war eine desolante Schulsituation der spanischen Kinder, so daß die deutschen Lehrkräfte eine Verbesserung für aussichtslos hielten. Dadurch breitete sich sowohl Resignation bei den spanischen Kindern aus, da ein schulischer Erfolg als Anreiz für jedes Lernen fehlte, als auch Resignation bei den Eltern, die meinten, doch nichts an dieser Situation ändern zu können. Daher bestand die Hauptaufgabe des Verbandes, an der er sich zu bewähren hatte, in der Beantragung von Silentien beim Amt St. Mauritz und deren Durchführung. Dies stieß aber auf großen Widerstand seitens der kommunalen Behörden. Wie bereits anfangs erwähnt, gab man dem neu gegründeten Verband keine lange Überlebenschance und rechnete damit, daß er sich innerhalb weniger Wochen wieder auflösen würde. Doch durch zahlreiche Hausbesuche bei den Ratsmitgliedern konnte schließlich nach langen und zähen Verhandlungen erreicht werden, daß die Genehmigung der Silentien und damit auch die Übernahme der Kosten sichergestellt wurde.

Die Durchführung von Silentien wurde nun von dem Verband selber straff organisiert, denn die Eltern hielten es für wichtig, daß die Kinder täglich, regelmäßig und pünktlich zum Tutorium erscheinen. Dies konnte aber nur durch einen zuverlässigen Abholdienst erreicht werden, da das Einzugsgebiet für das Silentium in Hilstrup sehr groß ist. Da meistens beide Elternteile berufstätig sind und daher am Nachmittag zur Zeit des Tutoriums für einen Transportdienst nicht eingesetzt werden konnten, wurde zum besseren Gelingen des Silentiums ein Taxendienst in Anspruch genommen.

Das Tutorium wird von vierzig Kindern, in der Mehrzahl spanischen, besucht. Obgleich die Regierung von Nordrhein-Westfalen eine Richtzahl von acht bis fünfzehn Schüler pro Gruppe vorschreibt und so das Schulamt nur die Kosten von fünf Tutoren und einem Gruppenleiter (abzüglich eines Selbstkostenanteils der spanischen Eltern in Höhe von monatlich DM 20,- pro Kind) übernimmt, wurden die Kinder in sechs Gruppen aufgeteilt, da sonst ein guter gezielter Sprachunterricht und eine wirkungsvolle Hausaufgabenbetreuung nicht möglich ist. Außerdem war es nur so möglich, die spanischen Kinder nach Alters- bzw. Klassenstufen getrennt bei den Hausaufgaben zu betreuen. Diese Verringerung der Richtzahl bzw. die Erhöhung der Gruppenzahl kostet natürlich zusätzliches Geld, das der spanische Familienverband aufbringen muß. Weitere Kosten verursacht die Ausdehnung der Tutorien von dreißig Wochen im Jahr, die

das Schulamt genehmigt hat, auf ein vierzigwöchiges Tutorium, wodurch eine kontinuierliche Hausaufgabenbetreuung während des ganzen Schuljahres gesichert werden soll. Die Silentienbetreuung beschränkt sich aber nicht nur auf die Beaufsichtigung der Hausaufgaben, sondern sie wird durch Diktate und spielerische Übungen ergänzt, um so die deutsche Sprache zusätzlich zu fördern.

Die Schüler werden viermal wöchentlich, montags bis donnerstags, in der Zeit von 14.30 bis 16.00 Uhr in einer Grund- bzw. Hauptschule von Hilstrup betreut.

Damit die spanischen Kinder die Sprache und Heimat ihrer Eltern kennenlernen, wurde weiterhin ein Antrag auf Erteilung von muttersprachlichem Unterricht gestellt, der auch genehmigt wurde. Dem spanischen Elternverband gelang es, dafür eine spanische Lehrerin zu finden. Dieser zusätzliche Unterricht, dessen Kosten das Schulamt übernimmt, findet für alle Kinder nachmittags statt, um am Vormittag keinen Unterricht ausfallen zu lassen und um somit eine kontinuierliche und erfolgreiche Mitarbeit in den deutschen Klassen zu gewährleisten. Obgleich dieser zusätzliche Unterricht am Nachmittag, wenn deutsche Kinder spielen und sich erholen, zu einer stärkeren Belastung führt, hielt es der Verband dennoch für wichtig, daß die Kinder die Sprache der Eltern erlernen.

Das Schulamt bezahlt insgesamt zehn Stunden pro Woche für zwei Gruppen. Damit aber ihre Kinder nicht durch diesen Zusatzunterricht überfordert werden und um dessen Effektivität zu erhöhen, wurden diese zehn Stunden auf drei Gruppen aufgeteilt, die diesen Unterricht im Anschluß an das Silentium zu verschiedenen Zeiten erhalten.

Außerhalb des Silentiums wird weiterhin Förderunterricht für Hauptschüler, dessen Kosten bis jetzt das Schulamt bezahlt, als auch für Berufsschüler, dessen Hauptkosten die Volkshochschule übernommen hat, erteilt.

Im Förderunterricht werden die deutschen Sprachkenntnisse der ausländischen Schüler verbessert, da die Beherrschung der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für eine Chancengleichheit der ausländischen Jugendlichen ist, damit sie erfolgreich einen Beruf erlernen können. Aber obgleich die Wichtigkeit des Förderunterrichts von allen zuständigen Stellen eingesehen wird, ist die Weiterführung aus finanziellen Gründen gefährdet.

2. Eltern- und Jugendarbeit

Nachdem sich durch das Silentium sichtbare schulische und soziale Erfolge eingestellt hatten, waren auch die spanischen Eltern bereit, selbst aktiv im Familienverband mitzuarbeiten und an dessen Veranstaltungen teilzunehmen.

Das Hauptziel der Eltern- und Jugendarbeit ist die Bewußtseinsbildung. Einmal im Monat hält daher der Verband eine Versammlung ab, auf der über alle anliegenden Fragen und Probleme gesprochen wird. Auf diesen Versammlungen wurde z. B. über die Dringlichkeit des Besuches eines Kindergartens für Kinder hingewiesen. Da das Denken des Kindes sich in der Sprache entfaltet²⁵, kommt besonders der sprachlichen Anregung große Bedeutung zu. Die Notwendigkeit des Kindergartenbesuchs ergibt sich gerade aus der Tatsache, daß sich in der Vorschulzeit die entscheidende Entwicklung der Sprache des Menschen vollzieht. Hier lernt das Kind vor allem auch die Entwicklung seiner sozialen Fähigkeit. Von der Wichtigkeit des Besuches eines Kindergartens konnten die Initiatoren des Verbandes ihre Mitglieder überzeugen, so daß die Eltern bereit waren, ihre Kinder dort anzumelden, auch wenn es eine finanzielle Belastung darstellt.

Auf diesen Abenden werden aber auch u. a. die Schulprobleme ihrer Kinder besprochen, die Organisation der schulischen Hilfe und der Elternarbeit festgelegt und Themenbereiche ausgesucht, zu denen Referenten geladen werden sollen. So lud der Verband Referenten zu folgenden Themenbereichen ein:

- Arbeits- und Aufenthaltsrecht sowie Rentenfragen;
- Berufsberatung für Jugendliche und Erwachsene;
- medizinische Beratung, vor allem auch über Frauen- und Kinderkrankheiten;
- sprachliche Weiterbildung;
- pädagogische Probleme;
- pastorale Fragen.

Auf diesen monatlichen Versammlungen werden auch die Presseinformationen, die vor allem die ausländischen Arbeitnehmer betreffen, übersetzt und besprochen. Die spanischen Eltern befassen sich aber nicht nur mit ihren eigenen Problemen in Hilstrup. So wird von der Katholischen Mission in Bonn im Auftrag des Bundes der spa-

²⁵ Vgl. dazu u. a. Bildungsbericht '70 nach: *D. Schwerdt*, Vorschulerziehung – Grundlagen, Ziele, Förderungsbereiche, Paderborn 1975, vor allem 8.

nischen Eltern in der BRD ein »Brief an die Eltern« verschickt, in dem der Reihe nach sich einer der ca. 80 dem Bund angeschlossenen Vereine vorstellt und seine Aktionen, aber auch seine Schwierigkeiten, darlegt. Anhand dieser Elternbriefe werden auf den Versammlungen die eigenen Probleme analysiert und Anregungen aufgenommen.

Als ein sehr schwieriges Aufgabenfeld stellte sich immer wieder die Jugendarbeit heraus. Eltern und Jugendliche sahen die Bereitstellung eines Jugendheimes als dringend für die Jugendarbeit an. Es sollte vor allem ein Schulungs- und Weiterbildungszentrum, ein Treffpunkt von Eltern und Jugendlichen und ein Ort der Freizeitgestaltung (auch gemeinsam mit deutschen Jugendlichen) sein. Vor allem Bewußtseinsbildung, gewerkschaftliche Informationsmöglichkeiten, Nachhilfeunterricht und Schulabschlußkurse sahen die Jugendlichen als wichtige Verbandsarbeit für sich selber an. Sie wehrten sich aber dagegen, daß ihr Programm in ein schon bestehendes und funktionierendes Jugendheim eingebaut wird, da sie vermuteten, daß ihr Programm beschnitten und ihre Terminwünsche nicht berücksichtigt würden²⁶. Obgleich die Kirchengemeinden den spanischen Jugendlichen zunächst kein Jugendheim zur alleinigen Benutzung zur Verfügung stellen wollten, da in Hilstrup bereits ein spanisches Zentrum besteht, welches aber in der Regel nur von Erwachsenen besucht wird, gelang es dem Verband nach langen Verhandlungen, eine der beiden Kirchengemeinden von der Wichtigkeit der Jugendarbeit zu überzeugen, so daß ihm ein Jugendheim für seine Arbeit zur Verfügung gestellt wurde.

Einmal im Monat steht dem spanischen Familienverband das Jugendheim zur Verfügung, sowohl für Vorträge, Eltern- und Jugendarbeit als auch für Kindernachmittage.

Der Plan des Verbandes, über das Jugendheim die spanischen Jugendlichen anzusprechen und andererseits dem Familienverband fest einzugliedern, scheiterte bald nach anfänglichen Erfolgen. Mehrere Faktoren führten zu diesem Mißerfolg. So befindet sich das Jugendheim in einem Wohngebiet von Hilstrup, welches genau dem der spanischen Familien entgegengesetzt liegt. Weiterhin war das Jugendheim von

²⁶ Vgl. Aktenvermerk von Pater *J. Rabanser*, Referent für Ausländerseelsorge im Bischöflichen Generalvikariat der Diözese Münster, über die Sitzung in Hilstrup über das Thema Jugendheim, an der ca. 50 spanische Jugendliche und der spanische Elternverband teilnahmen.

Veranstaltungen für deutsche Jugendliche bereits so ausgebucht, daß für die spanischen Jugendlichen nur sehr ungünstige Öffnungszeiten zur Verfügung standen. Außerdem konnte dem Wunsch, einen Raum zur alleinigen ständigen Verfügung zu erhalten, aus Raummangel von der Kirchengemeinde nicht entsprochen werden. Einen entscheidenden Faktor, der die Integration der spanischen Jugendlichen in den Familienverband verhinderte, stellte darüber hinaus die sprachliche Barriere zwischen den Eltern und Jugendlichen dar. So mußte auf einer Versammlung, auf der die Jugendlichen mit den Eltern über ihre Probleme und Wünsche sprachen (s. o.), ein Dolmetscher zwischen ihnen vermitteln. Viele spanische Eltern befürchteten deswegen auch, daß ein Jugendheim, welches den spanischen Jugendlichen zur alleinigen Verfügung stand, die Entfremdung zwischen Eltern und Kindern noch weiter verstärken würde²⁷.

Die Bewußtseinsbildung der spanischen Eltern, sich sowohl verstärkt um die schulischen Belange ihrer Kinder zu kümmern, somit auch die Sprechstunden der Lehrer ihrer Kinder zu besuchen und ihre Rechte auf Schulpflegschaftsversammlungen wahrzunehmen, als auch generell die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen, ergänzte der Verband einmal im Jahr durch ein Wochenendseminar. An diesem nehmen die Eltern mit Schulkindern teil. Zum erstenmal fand dieses Seminar, dessen Hauptkosten die KAB trug, in der Heimvolkshochschule der KAB/CAJ »Gottfried Kőnzgen« auf dem Annaberg bei Haltern vom 26. bis 28. September 1975 statt.

Als Referenten wurden ein spanischer Soziologe, ein spanischer Psychologe und ein spanischer Priester eingeladen, die mit den spanischen Eltern deren spezifische Probleme in der Bundesrepublik besprachen.

Die Durchführung der Tagung entsprach einer Empfehlung der Generalversammlung des Bundes der spanischen Elternvereine in der BRD im April 1975 in Hamburg. Angestrebt werden sollte, daß die Eltern selbst über ihre eigene Lage und die ihrer Kinder, über ihre Konflikte und Abhängigkeiten reflektieren, um dann solidarisch diese Konflikte zu lösen und sich von vorhandenen Abhängigkeiten zu befreien²⁸.

²⁷ Vgl. dazu auch Gesprächsprotokoll mit Pater *J. Rabanser*, Münster im Oktober 1976 und Aktennotiz dess. vom 7. 2. 1975.

²⁸ Vgl. *R. Bendit/J. Hernández u. a.*, Die ausländischen Eltern berichten nach: Materialien zum Projektbereich »Ausländische Arbeiter«, Nr. 13. Hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden, Köln 1976, 149–153.

Diese Ziele entsprechen genau der Intention des spanischen Familienverbandes in Hiltrup. Wegen der positiven Resonanz, die diese Tagung bei den Eltern hervorgerufen hat, wurde dieses Wochenendseminar zu einer festen Einrichtung der Verbandsarbeit. So fand das folgende Seminar am 3. und 4. Juli 1976 wieder in der Heimvolkshochschule auf dem Annaberg statt. Für 1977 ist bereits wiederum geplant, es durchzuführen.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes besteht vor allem darin, daß er seine Aktivitäten der Presse zur Veröffentlichung mitteilt bzw. die Berichterstatter der münsterischen Presse zu den Elternabenden, auf denen ein Referent zu bestimmten Themenbereichen spricht, einlädt. So wurde z. B. in der »Münsterschen Zeitung« vom 24. März 1976 über die Informationsveranstaltung berichtet, auf der ein Experte für Arbeitsfragen von der spanischen Botschaft in Bonn insbesondere zu den Fragen des Arbeits- und Aufenthaltsrechts sowie zu Rentenfragen Auskunft gegeben hat. Der Verband macht ferner durch Presseinterviews auf die Stellung der ausländischen Familien in der Bundesrepublik und auf deren spezifische Probleme, vor allem auf die Schulsituation ihrer Kinder, aufmerksam. An dieser Stelle muß aber darauf verzichtet werden, über die einzelnen Publikationen in der Presse zu berichten.

Ein weiterer Hauptteil der Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, Kontakt mit den Schulbehörden aufzunehmen, um dadurch eine Verbesserung der schulischen Situation zu erreichen bzw. zu verhindern, daß sich diese noch verschlechtert. Eine Verschlechterung befürchten die spanischen Eltern durch den Kultusministererlaß des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. 5. 1976²⁹. Aufgrund dessen bestehen folgende schulische Einrichtungen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen:

1. Deutsche Regelklasse,
d. h. ausländische Schüler nehmen grundsätzlich am gesamten Unterricht dieser Klasse teil;

²⁹ Vgl. Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, RdErl. d. Kultusministers v. 24. 5. 1976 – II A. 4.36–6/1–1460/76 in: Gemeinsames Amtsblatt des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 6/1976, 279–282.

2. Vorbereitungsklassen in Kurzform,
d. h. ausländische Schüler, in der Regel mit gleicher Muttersprache, werden in dieser Klasse für ein bis zwei Jahre zusammengefaßt;
3. Vorbereitungsklassen in Langform,
d. h. Klassen dieser Art werden nur für ausländische Schüler gleicher Muttersprache eingerichtet und sind für die Jahrgänge 1 bis 6 vorgesehen.

Um seine Vorstellungen zu diesem Erlaß vorzutragen, nahm der Familienverband sowohl mit der münsterischen Schulbehörde als auch mit dem Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen Kontakt auf.

Im Schreiben vom 4. 7. 1976 an den Kultusminister wendet sich der Verband gegen den Erlaß vom 24. 5. 1976, der verschiedene frühere Erlässe und Empfehlungen über die Kinder der Emigranten ersetzt und am 1. 8. 1976 in Kraft trat und der somit die Gesetzgebung über die Beschulung ihrer Kinder entscheidend verändert. Der Verband befürchtet, daß diese Neuordnung nachteilig ist, insofern sie die Chancengleichheit verringert und eine versteckte Einführung von Nationalklassen bedeutet, da nach dem neuen Erlaß die Möglichkeit besteht, daß die Vorbereitungsklassen bis zu sechs Jahren dauern können (s. o. Vorbereitungsklasse in Langform). Die spanischen Eltern haben folgende Bedenken und Einsprüche, mit denen sie sich an den Kultusminister und die Öffentlichkeit wandten:

1. Die sogenannten Vorbereitungsklassen bereiten die ausländischen Kinder weder auf die deutsche noch auf die spanische Schule vor.
2. Die großen Schwierigkeiten, die bei der Beschulung ihrer Kinder in der Emigration auftauchen, werden dadurch nur verdeckt und nicht gelöst.
3. Ein Aufenthalt in Vorbereitungsklassen in Langform bietet ihnen keine Möglichkeit, Verhaltensformen der deutschen Gesellschaft zu erlernen, die sie befähigen, sich in der Gesellschaft, in der sie jetzt leben, durchsetzen zu können.
4. Es besteht die Gefahr, daß die Vorbereitungsklassen in Langform die bestehende Tendenz zur nationalen Gettobildung noch verstärken.
5. Der Schulabschluß wird dadurch erheblich erschwert und somit den Kindern der Zugang zu einer Berufsausbildung versperrt.
6. Der Übergang zu den deutschen Regelklassen wird noch schwieriger; denn solange die ausländischen Kinder nicht von Anfang an

deutsche Regelklassen besuchen und Hilfe zur Überwindung ihrer schulischen Schwierigkeiten erhalten, kann das Problem der jugendlichen Ausländer und ihrer beruflichen Ausbildung nicht gelöst werden.

7. Die ausländischen Kinder sind gezwungen, nach Beendigung der Schulzeit in diesen Vorbereitungsklassen in ihr Heimatland zurückzukehren, das ihnen aber fremd ist³⁰.

4. Finanzierung

Die Durchführung eines derartigen umfassenden Programms ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Damit der Selbstkostenanteil der spanischen Eltern nicht zu hoch ausfällt, muß der Verband sich immer wieder um Zuschüsse für die Durchführung seiner Arbeit bemühen.

Die folgende Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben für das Schuljahr 1975/76 soll den finanziellen Aufwand dieser spanischen Elterninitiative aufzeigen, für den sie die Finanzierung sichern muß.

E i n n a h m e n		
Übertrag 1974/75	460,20	
Elternbeiträge	2 364,—	
Bischöfl. Generalvikariat	4 000,—	
Kirchengemeinde St. Clemens	852,—	
Schulamt	8 253,—	
Spanisches Konsulat	5 000,—	
Spenden / sonstige Einnahmen	761,94	21 691,14
<hr/>		
A u s g a b e n		
Aufwandsentschädigung für die Mitarbeiter	16 363,—	
Didaktisches Material für Familien und Gruppen	922,54	
Transport	540,70	
Weiterbildung der Mitarbeiter / Kosten für Tagungen / Telefon	954,49	

³⁰ Vgl. dazu den Brief des spanischen Familienverbandes in Hiltrup an den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Münster, den 4. 7. 1976 und vgl. die Briefe des Bundes der spanischen Elternvereine in der BRD e. V. an den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli und 23. August 1976.

Elterninformation /		
Eltern- und Jugendarbeit	2 479,05	
Zuschüsse für Ausflüge, Feste und kleinere Aktionen	140,—	
Allgemeine Kosten	497,—	21 896,78
	<u>Fehlbetrag:</u>	<u><u>205,64</u></u>

V. SCHLUSS

Den Initiatoren des spanischen Familienverbandes in Hilstrup ist es durch die Gründung des Verbandes gelungen, die spanischen Eltern auf die Schulproblematik ihrer Kinder aufmerksam zu machen, so daß sich fast alle spanischen Familien für die Schulpolitik interessieren. Während jedoch bei der Gründung ca. 80 % der spanischen Eltern dem Verband abwartend gegenüberstanden, hat sich dieses Verhältnis nach den Worten des Vorsitzenden des Familienverbandes *Manuel Romano-García* genau umgekehrt. Aufgrund der Eigeninitiative der spanischen Eltern, denen es bewußt wurde, daß die Schulbildung ihrer Kinder vorrangig ist, konnte deren schulische Integration über die erfolgreiche Durchführung von Silentien und Förderunterricht erreicht werden. In der Schule werden sie nicht mehr von den deutschen Schülern wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse und daraus resultierenden schlechten Noten gemieden und ins Schulabseits gedrängt, sondern es bestehen viele Freundschaften zwischen deutschen und spanischen Schülern. Über den Kontakt ihrer Kinder mit deutschen Mitschülern kam es auch zu einem besseren Verhältnis der Erwachsenen beider Nationalitäten, so daß die spanischen Eltern über den schulischen Erfolg ihrer Kinder zumindest teilweise in die deutsche Gesellschaft integriert wurden. Obgleich sich die Durchschnittsnoten der spanischen Kinder verbessert hätten, so *Manuel Romano-García*, wäre es aber zu früh, den schulischen Erfolg schon mit Zahlenangaben belegen zu wollen. Den spanischen Eltern ist es ebenfalls bis jetzt gelungen, den Förderunterricht für ihre Kinder, dessen Weiterbestehen nur von einer Kann-Bestimmung abhängt, beizubehalten. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn die spanischen Familien sich nicht in einem Verband zusammengeschlossen hätten, durch den sie ihre Interessen besser vertreten können.

Der Zusammenschluß spanischer Eltern entspricht einer positiven Einstellung spanischer Eltern gegenüber Bildung und Organisation in

Verbänden, wie die Projektgruppe »Modellprogramm für ausländische Kinder und Jugendliche« feststellt. Diese ethnische Gruppe nimmt das Angebot der Hausaufgabenbetreuung stärker wahr, als andere Nationalitäten, z. B. Griechen³¹.

Pater *Johannes Rabanser*, Referent für Ausländerseelsorge im Bischöflichen Generalvikariat der Diözese Münster, der dem Verband seit seiner Gründung beratend und unterstützend zur Seite steht, betont, daß bei den ausländischen Arbeitnehmern die Aktivitäten von der Basis her wahrgenommen werden müssen, um menschliches Dasein unter den Ausländern zu verbessern, um bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche erreichen zu können, um Institutionen mit Leben zu erfüllen und Richtlinien zu dynamisieren³².

Dem spanischen Familienverband in Hilstrup ist dies gelungen. Ein Teilziel aber, die Eingliederung der spanischen Jugendlichen in den Verband, um dadurch deren Situation verändern zu können, ist nach den Worten des Vorsitzenden des Familienverbandes nach Anfangserfolgen gescheitert. Künftig soll daher die Jugendarbeit verstärkt werden. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt will man z. B. den Jugendlichen einen Einblick in die Berufswelt geben, um ihnen so den Schritt in ein Berufsleben zu erleichtern, in dem sie dann auch mit Erfolg bestehen können.

Weiterhin soll die Elternarbeit verstärkt werden, um die Bildungswilligkeit der spanischen Eltern, die sich zwar für den schulischen Erfolg und die schulische Integration ihrer Kinder sehr engagieren, aber die Vertiefung ihrer eigenen deutschen Sprachkenntnisse vernachlässigen, anzuregen. Das Desinteresse, die deutsche Sprache richtig zu erlernen, besteht u. a. auch deswegen, weil sie befürchten, sich, ähnlich wie ihre Kinder, von ihrem Heimatland, insbesondere von ihrem Familienverband in Spanien, zu entfremden. Aber auch aus beruflicher Überbelastung lehnen sie die Fortbildung ihrer sprachlichen Kenntnisse ab. Eine Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse würde aber ihre Integration in die deutsche Gesellschaft, ähnlich wie bei ihren Kindern in der Schule, noch weiter fördern.

Dem Verband ist es aber gelungen, die Kommunikation der spanischen Familien untereinander zu verstärken, um so solidarisch handeln zu können.

³¹ Vgl. *Ü. Akpinar/A. Lopéz u. a.*, a. a. O., 124.

³² Vgl. Pater *J. Rabanser*, Grußwort zur Tagung des Bundes der spanischen Elternvereine in der BRD e. V. am 25./26. Mai 1974 in Münster nach: Aktennotiz dess., Münster, den 25. Mai 1974.

Pater *J. Rabanser* hält es für eine der wichtigsten Aufgabe der nationalen Seelsorge (spanische Mission) in der Bundesrepublik Deutschland, über die »nationale Gemeinde« ein Verbandswesen aufzuziehen bzw. wachsen zu lassen, denn außer der nationalen Pfarrei gibt es im ganzen Ausländersektor keine vorgegebene Struktur, die ein Leben in der nationalen Gemeinschaft so fördern kann, wie die Mission. Da die nationalen Pfarreien offiziell errichtet und anerkannt sind, ist es selbstverständlich, daß auch ein Vereinswesen entsteht und wächst. Diese Tatsache ist um so wichtiger, weil es ja den Ausländern erschwert wird, Vereine zu gründen (s. Paragraph 14 Vereinsgesetz).

Eine ausländische Vereinigung ist eine wichtige Voraussetzung und Grundlage, daß Ausländer in der Bundesrepublik gerecht behandelt werden, soziales Ansehen genießen und Gleichberechtigung im deutschen Verbandswesen sich verschaffen können. Die Gründung einer solchen Vereinigung darf aber nicht zur Abkapselung von der deutschen Bevölkerung führen, sondern soll die Integration der ausländischen Mitbürger in das deutsche Verbandswesen fördern und somit auch in die deutsche Gesellschaft⁸⁸.

Unter diesen Gesichtspunkten muß auch der spanische Familienverband in Hilstrup betrachtet werden, dessen Ziel nicht nur die Verbesserung der schulischen Situation und die schulische Integration der spanischen Kinder ist, sondern auch die Förderung der Integrationschancen der spanischen Eltern. Dies muß als ein Zeichen gesehen werden, daß die spanischen Familien in Hilstrup ihre Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland sehen.

⁸⁸ Vgl. Pater *J. Rabanser*, Gesprächsprotokoll, a. a. O.